

Replik auf Stefan Busse "Die Beharrlichkeit der Deutungsmuster oder Warum ist Frau Kludt nicht flexibel?"

Fischer, Ute Luise; Grosser, Caroline; Liebermann, Sascha

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:


Fischer, U. L., Grosser, C., & Liebermann, S. (2003). Replik auf Stefan Busse "Die Beharrlichkeit der Deutungsmuster oder Warum ist Frau Kludt nicht flexibel?". *Journal für Psychologie*, 11(4), 432-443. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-70734>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>



Replik auf Stefan Busse „Die Beharrlichkeit der Deutungsmuster oder Warum ist Frau Kludt nicht flexibel?“

Ute Luise Fischer, Caroline Großer und Sascha Liebermann

Wir möchten an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen, auf einige Einwände von Stefan Busse (vgl. Journal für Psychologie, 10 (3), 2002, 279–292) einzugehen, die sich auf unsere zentralen Argumente beziehen. Manches Missverständnis hoffen wir so aufzuklären und manche durch den Verfasser entstellte Deutung noch einmal deutlich vorzubringen. Schon in der kurzen Zusammenfassung unseres Artikels beginnen die Ungenauigkeiten, die sich durch den gesamten Kommentar ziehen und die durch eine eingehendere Auseinandersetzung hätten vermieden werden können.

Der Verfasser sieht in unserem Artikel einen Beitrag zur Diskussion der „strukturellen Transformation der Moderne“, der „sich transformierenden Moderne“, der „übergreifenden Transformationen der Moderne“ (280 f.) oder der „sich gerade auflösenden Moderne“ (285). Nun sprechen wir an keiner Stelle von einer solchen „Transformation der Moderne“, sondern allenfalls von Transformationen **in** der Moderne. Dies hat einen guten Grund, liefert unser Artikel doch gerade einen Beitrag dazu, 1) die in Mode gekommene Postulierung neuer Gesellschaftsformationen für die Sache unangemessen zu erklären und 2) darzulegen, dass die Transformationen, für die wir uns interessieren, die Moderne nicht transzendieren, sondern sie gerade auszeichnen, sie charakterisieren. Es ist für die Moderne als voranschreitende Enttraditionalisierung konstitutiv, Transformationschancen zu eröffnen, wie sie in vormodernen Zeiten nicht in demselben Maße eröffnet worden sind.

Obwohl wir nun gerade die Rede von einer „Flexibilisierung“ der Lebensverhältnisse bzw. der Strukturen der Lebenspraxis ob ihrer begrifflichen Unschärfe argumentativ für untauglich erklären (251 ff.), resümiert der Verfasser die Ausgangsfrage unseres Projekts dahingehend, „Subjekte [müßten Krisen] ... eher flexibel managen denn (einfach) bewältigen“ (281). Gerade von der

Korrektur dieser Ausgangsfrage im Voranschreiten unseres Forschungsprozesses zeugt unser Artikel, weswegen in der Folge auch konsequent das „Flexibilisierungstheorem“ überhaupt nicht mehr bemüht wird. Es bildete für uns den Einstieg in unser Projekt, nicht aber den Ausgang daraus.

Verwundern muss angesichts dieser klaren Argumentation die Behauptung des Verfassers, unsere Darlegungen gingen „nicht zuletzt auch auf die „Beharrlichkeit einiger Deutungsmuster“ nicht nur der Autor(inn)en zurück“ (282). Anstelle sachhaltiger Argumente werden hier Unterstellungen bemüht. Darauf werden wir unten zurückkommen, bleibt es nicht bei diesem einen Fall unsachhaltiger Kritik.

Ad „1. Ein modernisierungstheoretischer/wissenschaftstheoretischer Einwand“

Der Verfasser wendet gegen unsere Schlussfolgerungen aus der Rekonstruktion des Falles Kludt ein, sie treffen nicht den „Modernediskurs“, der als „metatheoretischer Entwurf“, als „allgemeine Zeitdiagnose“, nicht durch einen ihn in Frage stellenden Fall, widerlegt werden könne. Busse konkretisiert seine Kritik in dem Vorwurf an uns, den Modernediskurs dahingehend missverstanden zu haben, dass dort von einer „allumfassenden Durchtransformation“ (282) ausgegangen werde. Statt dessen gehe es aber nur um „Veränderungen, die an den Rändern der uns so vertrauten Moderne sichtbar werden“ (ebd.). Angesichts dieser relativierenden Formulierung ist es jedoch fraglich, warum dann von der neuen Gesellschaftsformation der „Zweiten Moderne“ oder „Reflexiven Moderne“ überhaupt geredet wird. Wenn nämlich der Modernediskurs einen Wandlungsprozess als allgemeine Zeitdiagnose behauptet, muss er als strukturbestimmend erkennbar sein, im Sinne einer führenden bzw. dominanten neuartigen Struktur. Ansonsten erklärt das Modell nichts. Eines „Diagnoseinstruments“, das keine angemessene Diagnose erlaubt, sollte man sich schnellstens entledigen.

Weiterhin kann zu Busses Einwand, dass „Frau Kludt“ kein geeigneter Fall zur Anzweiflung des Flexibilisierungstheorems ist, folgendes gesagt werden: Unsere Ausgangsüberlegung war, dass Frau Kludt, einsozialisiert in DDR-spezifische arbeitsbezogene Deutungsmuster einer selbstverständlichen Erwerbsintegration über den Lebensverlauf hinweg, nun konfrontiert mit Arbeitslosigkeit infolge des Systemwechsels und des wirtschaftlichen Niedergangs sowie mit westdeutschen geschlechtsbezogenen Deutungsmustern, die die Selbstverständlichkeit weiblicher Berufstätigkeit in Frage stellen, ein gutes Beispiel für einen Normalisierungsdruck ist, sollte er denn überhaupt existieren. Nach der Interpretation der objektiven Daten sprachen dagegen zunächst

mehrere Gründe: Erstens könnte der katholische Hintergrund von Frau Kludt ihre leistungsethischen Bestrebungen ohnehin abgeschwächt haben. Zweitens legt das für eine Neubeschäftigung kritische Alter von Frau Kludt ihr nicht wirklich nahe, dringend wieder berufstätig zu werden. Zugespitzter formuliert könnte Frau Kludt aufgrund der Tatsache, dass sie sich nicht mehr für den Arbeitsmarkt zur Verfügung halten muss, auf ihre Situation gelassener reagieren. Genau das aber tut sie nicht, wie auch eine verinnerlichte starke, normativ bindende Leistungsethik bei unserem Fall zu konstatieren ist.

Wir argumentieren also insofern gegen das Flexibilisierungstheorem, als es auch die Flexibilisierung von Legitimationsstrukturen annimmt, was wir vor dem Hintergrund unseres Materials nicht festgestellt haben. Das können wir anhand der Analyse von „Frau Kludt“ zeigen.

Überhaupt lässt sich fragen, welcher Begriff von Strukturgeneralisierung bzw. Modellbildung der Einschätzung Busses zugrunde liegt. Der fortdauernde Streit zwischen den Lagern der sogenannten quantitativen und qualitativen Forschung in den Sozial- und Kulturwissenschaften hat nichts anderes zum Kern als die These des Verfassers. Auf der einen Seite werden Theorien gebildet, die von Fallrekonstruktionen, die ihre Geltung in Frage stellen, nicht angefochten werden sollen, sei doch ein einziger Fall nicht aussagekräftig. Daraus ließe sich folgern, dass also erst eine bestimmte Anzahl von Fällen empirisch gefunden werden müsste, um eine solche Widerlegung zu erlauben. Wie groß diese nun sein muss, unterliegt dann vergleichbarer Willkür, nämlich einer praktischen Entscheidung. Auf der anderen Seite steht das Bestreben der fallrekonstruktiven Verfahren, in unserem Fall der objektiven Hermeneutik, aus der Rekonstruktion von Fallstrukturen generalisierend Strukturen herauszupräparieren. In diesem Modell beginnt die Typenbildung nicht erst dann, wenn ausreichend Fälle aufgefunden wurden – dies ist eine Frage der Verteilung der Typen. In diesem Verständnis von Typus ist also entscheidend, dass man Passungsverhältnisse zwischen dem einen Fall und der Verbreitung des Typus ausmachen kann. Wir haben aufgrund des begrenzten Platzes, der in einem Artikel für solche Ausführungen zur Verfügung steht, darauf verwiesen, dass wir gerade für die „Flexibilisierung“ der Lebensführung auch in den anderen von uns untersuchten Fällen keinen Hinweis gefunden haben, ganz abgesehen von der Unklarheit, welches Phänomen der Begriff denn nun abgreifen will. Der Verfasser unterschlägt in seinen Ausführungen zum einen unseren Verweis auf weitere Fälle aus dem benannten Projekt, die er, wie er zugesteht, nicht kennt, zum anderen unsere Kritik an der Begriffsbildung, auf die er lediglich mit dem Hinweis auf Fußnote 5 unseres Textes eingeht.

Ad „2. Ein sozialisations- und subjekttheoretischer Einwand“

Die These von der Beharrlichkeit des Deutungsmusters Frau Kludts stellt keine moralische Verurteilung ihrer „Unflexibilität“, die „subjektiv Sinn“ mache, dar (283, siehe auch 284 f.), wie der Verfasser suggeriert. Wir betrachten sie vielmehr als erklärungsbedürftiges Phänomen angesichts der Deutungsoptionen, die ihr objektiv zur Verfügung standen. Aufschlussreich an Frau Kludts Äußerungen ist ja gerade, dass sie für ihre Arbeitslosigkeit die volle Verantwortung übernimmt. Es ist überhaupt nicht aufschlussreich, ihre Haltung angesichts dieses Handlungsproblems als „funktional“ zu bezeichnen,¹ denn sie verschließt sich damit Handlungsoptionen, die sich tatsächlich hat. Sie hätte sich von der Verantwortung ihrer Lage entlasten können (264 ff.), indem sie auf die Schließung ihres Betriebes verweist, darüber hinaus auf ihr fortgeschrittenes Alter, angesichts dessen es naheliegt, die Zeit bis zur Rente zu überbrücken. All diese Entlastungschancen, die zugleich einen realistischen Blick auf ihre Lage erlaubten und desillusionierend wirkten, ergreift sie nicht. Der „Identitätsarbeit“, wie der Verfasser annimmt, dient diese Haltung nur,

¹ An späterer Stelle konzidiert Busse, „daß ihr [Frau Kludts, d. V.] Beharren auf einer abstrakten „Leistungsethik ohne Bewährung in einer Sache“ mit Bezug auf die modalen Möglichkeiten ihrer Kohorte durchaus funktional und anforderungsbezogen, zugleich aber illusionär ist.“ Was soll das heißen? Worauf bezogen kann diese Haltung funktional sein, und inwiefern ist sie funktional, wenn sie zugleich illusionär ist? Betrachtet man ideologiekritisch die Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt könnte man festhalten, dass das Deutungsmuster zu Erwerbsarbeit der Verschleierung der Krise dient, indem es die Verantwortung für die Arbeitslosigkeit vollständig in die Hand des Individuums legt. Dadurch entlastet es die politische Gemeinschaft von der Verpflichtung, zur Änderung der Lage beizutragen. Aber auch dies ist nicht „funktional“ bezogen darauf, eine Problemlösung für die Krise am Arbeitsmarkt zu finden. Denn langfristig führt die anhaltende Arbeitslosigkeit zu einer Delegitimierung der politischen Herrschaft und damit zu einer Erodierung der Gemeinwohlbindung ihrer Bürger an die Gemeinschaft. Daran kann der Gemeinschaft selbst nicht gelegen sein.

Genau dieses ideologiekritische Argument scheint der Deutung des Verfassers zu unterliegen, wenn er schreibt (285): „In ihrer Argumentation bestehen (beharren) sie allerdings auf dem ‚Beharrungsvermögen der Deutungsmuster‘ und nicht auf jenem der Verhältnisse.“ Sehen wir von der auch hier wieder vorgebrachten verfälschenden Behauptung ab, die darin besteht, Argumentation als einfaches Beharren auszulegen, verwechselt der Verfasser zwei kategorial zu unterscheidende Ebenen. Das „Beharrungsvermögen der Verhältnisse“ schließt in keiner Weise aus, dass man Handlungsmöglichkeiten – in unserem Fall Deutungsmöglichkeiten – entwerfen kann, die diese Verhältnisse transzendieren. Nun trifft seine Einschätzung zu den beharrenden Verhältnissen aber gar nicht zu: die Leistungen des Arbeits- und Sozialamtes kann der Bürger unter den vom Volkssouverän gesetzten Bedingungen legitim in Anspruch nehmen. Es sind also nicht die „Verhältnisse“, die dafür sorgen, dass Frau Kludt die sie entlastenden Deutungen nicht anführt.

wenn Frau Kludt der Realität gerade noch nicht ins Auge zu blicken vermag und sich illusionistisch an einer Rückkehr in den Arbeitsmarkt orientiert. Sie befindet sich objektiv in einer „kritischen biografischen Situation“, wie wir an ihren Ausführungen rekonstruiert haben, die sie auf spezifische Weise deutet. Ihre Bewältigung dieser Krise ist nun gerade nicht objektiv vernünftig und lässt sich nur erklären mit: der Beharrlichkeit ihres Deutungsmusters, das in sich ein argumentatives Gebilde mit dem Anspruch auf Allgemeingültigkeit darstellt.² Außerdem wird dies nicht dem Fall als solchem zugerechnet. Der Autor argumentiert hier deutlich subjekttheoretisch, d. h. er sieht gerade nicht, dass wir auf abstrakterer Ebene, nämlich der kollektiver Deutungsmuster eine Erklärung anbieten, wozu der Verweis auf andere Fälle dient. In keiner Weise sprechen wir Frau Kludt ab, natürlich Entscheidungen und Deutungen innerhalb einer historisch-konkreten Praxis treffen zu müssen. Gerade auf diese verweisen wir, wenn wir Deutungsmöglichkeiten entwerfen, die sie zu ihrer Entlastung hätte ergreifen können. Gerade das Konkretum, das wir zu erklären versuchen, sieht der Verfasser nicht: sein Argument, dass sie [die Subjekte, d. V.] also nicht einfach „flexibel“ die aktuelle gesellschaftliche Praxislogik in ihre Subjektstrukturen hineinkopieren“, ist nicht unser Argument. Wir wollen diese Haltung erklären und nicht einfach konstatieren, dass dies nicht geschieht. Dazu verweisen wir auf die obrigkeitsstaatliche Tradition der DDR. Eine „Erweiterung der Handlungsfähigkeit“ Frau Kludts liegt nun gerade in den alternativen Deutungsmöglichkeiten ihrer Lebenslage vor,³ wenn man Deutungsmuster so versteht, dass sie Handlungsmöglichkeiten eröffnen und verschließen.

² Vgl. Ulrich Oevermanns (2001) Explikation hierzu.

³ Dass Frau Kludt die Pflege ihrer Mutter wichtig war, ist schon eine Schlussfolgerung, die wir aus den objektiven Daten ziehen (263). Allerdings gibt sie weder ihre Arbeit ganz auf in dieser Zeit, noch kann sie die Pflege der Mutter als Begründung dafür gelten lassen (269 ff.), ganz entgegen der Vermutung Busses (290). Wo kein Deutungsmuster über Privatsphäre, also Intimsphäre in der Logik diffuser Sozialbeziehungen vorliegt, kann es auch keine positive Besetzung dieser Sphäre geben. Das Fehlen eines solchen Deutungsmusters hat also lebenspraktische Konsequenzen, wofür wir den Fall eines anderen Interviewees anführen, der über seine Kinder nur rollenförmig spricht: als Abiturientensohn, Zahnarztsohn usw. (275). Busse zitiert diese Stelle in seinem Kommentar sinnentstellend (292), worauf noch einzugehen sein wird.

Ad „4. Eine Reihe gesellschaftstheoretischer Einwände“

Busse kritisiert unsere „pauschalisierende totalitarismustheoretische Brille“, mit der wir die DDR betrachten. Sie veranlasse uns zu einer eng geführten Interpretation des „sozialhistorischen Gebildes DDR-Gesellschaft allein mit Blick auf seine politische Herrschaftsausübung“ (286). Der dieser Deutung zugrunde liegende reduzierte Begriff politischer Herrschaft wird im weiteren Gegenstand unserer Replik sein.

Nicht wir, sondern der Verfasser, spricht von „opportunistischer Anpassung“, die die alternative Möglichkeit zur Flucht dargestellt habe. Opportunismus impliziert eine strategische, absichtliche Entscheidung, die zur Wahl einer Handlungsoption führt, weil damit ein praktischer Vorteil verbunden wird. Dies unterstellt, dass den Bürgern der DDR diese Lage deutlich bewusst war (289), wovon wir in keiner Weise ausgehen. Unsere Analysen deuten eher darauf hin, dass viele in der Flucht gar keine Option gesehen haben. Angesichts der offenen Repression und der Missachtung des Privateigentums, also dem Heraufziehen eines Regimes, das die politischen Freiheitsrechte missachtete, ist genau das erklärungsbedürftig. In der Retrospektive, nach dem Zusammenbruch der DDR, wird die klare Sicht auf diese damalige Chance ein biografisches Problem. Wenn die Lebenspraxis sich nach dem Zusammenbruch nun fragt, weshalb sie überhaupt so lange das Regime durch schlichte Duldung, durch Rückzug in die sogenannte Nische, getragen hat, und damit den Entzug der politischen Freiheitsrechte hinnahm, muss sie sich darüber Rechenschaft ablegen. In unseren Interviewanalysen, auf die wir in unserem Artikel nur verwiesen haben, zeigt sich dies auf eindrucksvolle Weise. Wir argumentieren in keiner Weise entlang einer opportunistischen Haltung, sondern struktural in dem Sinne, dass der Verbleib in der DDR angesichts der massiven Enteignungen in den 50er Jahren für die Lebenspraxis objektiv die Entscheidung gefordert hat, wie man zu dem System steht, wenn man nicht flüchtet.⁴ Auch bei Verbleib in der DDR gab es natürlich Möglichkeiten, sich von Parteiengage-

⁴ Dieser Deutung leisten wir an einer Stelle Vorschub, an der wir davon sprechen, dass der berufliche Aufstieg in der DDR „ausdrückliche Loyalität“ (273) gefordert hat. Dies ist missverständlich, weil wir sonst in unserem Artikel immer struktural argumentieren und dabei offen lassen, ob eine politische Identifizierung ausdrücklich vorgelegen hat. Entscheidend ist folgendes Argument: jeder politische Herrschaftsverband kann sich nur solange erhalten, wie er auf Seiten seiner Mitglieder einen Legitimationsglauben seiner Herrschaft vorfindet. Dieser muss in keiner Weise, dasselbe gilt für das Dritte Reich, in einer identifikatorischen Nähe zur SED zum Ausdruck kommen. Es genügt, die Zumutungen zu ertragen, um sich zu verstricken. In der Folge führt dies zu der Frage „Weshalb habe ich solange mitgemacht und bin nicht geflohen, wenn Widerstand im eigenen Land aussichtslos gewesen ist?“

ment oder funktionärshafter Einbindung sanktionslos fernzuhalten. Es ist bekannt, dass selbst die Rekrutierung von Stasimitarbeitern in den Schulen häufig erfolglos verlief, wie Freya Klier und Karsten Dümmel auf einer Veranstaltung einmal berichtet haben. Von daher läuft der Verfasser vollständig in die Irre, wenn er aus unseren Ausführungen nun ableitet, sie führen zu einer „Reduktion des Phänomens Realsozialismus auf die Stasidebatte“ (286).

Der Leistungsbegriff, wie wir ihn verwenden, impliziert immer eine Leistung, in deren Zentrum eine Sache steht, d. h. ein Handlungsproblem, das einer Lösung bedarf. Von daher bemisst sich die Leistung einer Arbeit nicht alleine daran, irgendetwas hervorzubringen, sondern im innovativen Falle eine Problemlösung. Da eine Problemlösung aber nicht schon von vorneherein vorliegt und als solche die von Neugierde getragene Rekonstruktion eines Problems voraussetzt, bedarf es Bedingungen, die diese Neugierde und Problemrekonstruktion befördern oder wie wir es genannt haben: prämiieren. Um dies nicht in aller Länge auszuführen, sei abgekürzt festgehalten: Neugierde, die Suche nach und die Erzeugung von Neuem setzt lebenspraktische Autonomie voraus. Wird diese Autonomie in einer politischen Vergemeinschaftung und ihrer Kultur nicht gefördert, kann sie sich allenfalls unter privilegierten Lebensbedingungen ausbilden. Hinzukommt, dass die mit der Suche nach Neuem verbundene Akzeptanz und Erkundung „unbequemer Tatsachen“, wie es Max Weber genannt hat, in einem Regime, das Eigeninteressiertheit und Autonomie nur im Rahmen von Planvorgaben eröffnet, die Eigenlogik von Neugierde unterminiert. Folglich kann auch nur dasjenige als Innovation anerkannt und geduldet werden, was der politischen Programmatik und vor allem der Praxis nicht entgegensteht. Unser Hinweis auf die für innovative Erwerbsarbeit notwendige freie Berufswahl (Fußnote 12, 259) sollte illustrieren, dass selbst diese Autonomie befördernde Handlungsbedingung nicht in der Hand des Individuums lag.

Angesichts dieser Konstellation muss man die Frage stellen, welche Form der Leistungsprämierung in der DDR überhaupt vorlag, inwiefern eine Bewährung an einer Sache möglich war? Planwirtschaftliche Sollvorgaben implizieren immer, dass etwas Bestimmtes erreicht werden soll und dieses Ziel von außen gesetzt wird. „Innovativ“ kann in einem solchen Bewertungssystem nur sein, was sich an einem etablierten Maßstab orientiert. Innovation im substantiellen Sinne ist nicht planbar und gerade nicht etabliert, sie bedarf der Autonomie und Beförderung eines ins Unbekannte sich Vorwagens, ohne zu wissen, was dabei herauskommt – das Gegenteil der Planbarkeit. Das allgemeine Misstrauen in die Bürger der DDR, die mit dem „antifaschistischen Schutzwall“ vor der Flucht gehindert werden sollten, widerspricht der politischen Rhetorik. Schaden nahmen eben gerade die eigenen Bürger an den Sicherheitseinrichtungen, Bürger, die man zwingen wollte, im Land zu bleiben. Wenn Busse nun schreibt, die DDR sei ein moderner Industriestaat gewesen, reduziert er das Moment der Modernität auf eine formale programmatische

Ausrichtung, übersieht dabei aber die Praxis in ihrer realen Ausgestaltung. Von hier aus wäre es nicht weit, die politische Vergemeinschaftung der DDR überhaupt nicht als autonomieverhindernd und -unterlaufend zu verstehen, sondern als System der Beförderung einer sozialistischen Autonomie. Die bestand in den von uns schon dargelegten Beschränkungen der Autonomie. Es würde damit eine Verklärung der DDR vollzogen. Der Verfasser rückt des Weiteren in die Nähe derer, die an dem alten Glauben festhalten, eine starke Wirtschaft würde es ohne Demokratie geben. Auf diese ideologische Verirrung hat schon Francois Furet⁵ hingewiesen: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und der pluralistische Interessenstreit ermöglichen überhaupt erst eine erfolgreiche Entfaltung der Wirtschaft. Die Moderne gibt es nicht ohne den demokratischen Nationalstaat. Wenn der Verfasser die Leistungsorientierung der DDR mit politischer Programmatik in der Folge belegen will, fällt er ihr gerade zum Opfer. Nicht von ungefähr setzt er den Leistungsbegriff der Demokratien mit dem der „bürgerlichen Gesellschaft“ gleich. Aufschlussreich sind die Zitate, die er anführt, um diese spezifische Leistungsorientierung zu belegen (288): „So sollte ‚Leistung‘ immer auch von der Verpflichtung auf die ‚gemeinsame Sache‘ getragen sein, dem ‚Aufbau des Sozialismus‘ oder dem ‚Weltfrieden‘ dienen, und auch die kollektiven Bindungen des Leistungsträgers ausweisen ... Die politisch-ideologische Idiosynkrasie bestand nicht ... der Individualität gegenüber, sondern dem sog. ‚bürgerlichen Individualismus‘, der konkurrenzförmig in die eigene statt in die kollektive Tasche wirtschaftet.“ Diese Auslegung des Autonomiemodells der westlichen Demokratien unterstellt, dass der dortige Leistungsbegriff darin bestand, das Wirtschaften in die eigene Tasche zu prämiieren, anstatt hervorzuheben, das Demokratien nur existieren können, wenn sie grundsätzlich in die Gemeinwohlorientierung des Bürgers, auch des wirtschaftenden und unternehmerisch Tätigen, vertrauen. – Auch hiermit beteiligt sich der Verfasser an der Verklärung der DDR.

Dem Verfasser ist darin zuzustimmen, dass in der Analyse des Interviews und der anschließenden Generalisierungen keine Bezugnahme mehr auf das katholische Herkunftsmilieu Frau Kludts stattfindet. Dies ist in der Tat ein bedauerliches Versäumnis, denn der Sache nach wurde in der Interviewanalyse gezeigt, wie sehr selbst Frau Kludt als Katholikin ein Deutungsmuster ausgebildet hat, das eine Strukturhomologie zur lutherischen Pflichtethik aufweist. Wir haben damit ein Ergebnis unserer Analyse verschenkt, aus dem explizit der Schluss hätte gezogen werden können, dass sich das katholische Milieu, wenn es sich wie eine Exklave in protestantischer Umgebung erhält, dem Protestantismus anverwandelt. Konstatiert der Verfasser nun, dass „an dieser

⁵ Siehe Francois Furet, „Lärm der Ratlosen: ein französisches Rätsel. Gaullisten und Sozialisten wissen keinen Ausweg aus der Krise“, in Süddeutsche Zeitung Nr. 226, 1.10.1997, 19.

Stelle [...] die Analyse der Autorinnen eine *merkwürdige* [Hervorhebung der Verf.] Leerstelle auf[weist]“ (289), und er dann heraushebt, dass „auch wenn dies für die biografische Handlungs- und Begründungsebene von Frau Kludt keine Rolle gespielt haben sollte, in der Skizzierung des objektiven historischen Handlungs- und Möglichkeitsraumes es allemal hätte auftauchen müssen“ (ebd.), sieht man wieder einen Verdacht statt ein Argument heraufziehen. „Unterschlagen“ haben wir die Relevanz dieses Themas für die Analyse „vielleicht“. Hätte der Verfasser unsere Schlussfolgerungen aus der Rekonstruktion der Interviewsequenzen erinnert, wäre es möglich gewesen zu bestimmen, warum wir das Datum nicht weiter ausgedeutet haben. Er hingegen bevorzugt es, statt auf eine Argumentationslücke hinzuweisen, Verdächtigungen auszusprechen.

Busse erhebt sodann einen Einwand gegen unsere These zur Entgrenzung von Privatsphäre und Öffentlichkeit. „Aus der Analyse der Einstiegssequenz können die Autor(inn)en zwar ableiten, daß Frau Kludt einer *bloßen* [Hervorhebung der Verf.] Familienorientierung ganz offenbar immer noch eine Erwerbsorientierung entgegensetzt oder diese gar bevorzugt“ (290). Nicht, wie hier behauptet, heben wir hervor, dass Frau Kludt Prioritäten setzt und die Bewährung in der Erwerbsarbeit höher veranschlagt als die Privatsphäre. Vielmehr ist die Privatsphäre lediglich dasjenige, was nicht Erwerbsarbeit ist, also was nicht rollenförmig ist – sie erfährt damit nur eine Bestimmung *ex negativo*. Frau Kludt hat, so schließen wir, kein Deutungsmuster zur Intimität der Gattenbeziehung, ebenso wenig verfügt sie über eines zu diffusen Sozialbeziehungen.⁶ Busse erklärt dies in einem empiristischen Verständnis folgendermaßen: „Zum einen hatten die Autor(inn)en ja in ihrer vorgängigen Analyse selbst deutlich gemacht, in welchem Konflikt die Protagonistin zwischen Familienloyalität und Berufsorientierung gestanden hat und sich schließlich für die Pflege ihrer Mutter entschied“ (ebd.). Genau diesen Konflikt machen wir unter anderem für die mangelnde Ausbildung eines Deutungsmusters von Privatsphäre mitverantwortlich, ziehen darüber hinaus aber fundierend hinzu, dass sie in diesen Konflikt ja nur kommt aufgrund der Struktur der DDR, die beide Sphären gegeneinander ausspielt. Danach heißt es weiter: „Zum anderen dürfte Frau Kludt zum Zeitpunkt der Interviewführung nicht nur bezogen auf den umgreifenden gesellschaftlichen Transformationsprozeß, sondern auch bezüglich ihrer eigenen familiären Situation in einer veränderten Lebenslage gewesen sein. Die Eltern sind beide tot und ihre Kinder dürften inzwischen das Haus verlassen haben. Insofern ist der nur ‚residuale‘ Rückgriff auf die eigene

⁶ Im Gegensatz zu spezifischen Sozialbeziehungen, die im Wesentlichen dadurch gekennzeichnet sind, dass die Themen eingeschränkt und die Handelnden austauschbar sind, ist für diffuse Sozialbeziehungen der „ganze Mensch“ konstitutiv – in ihnen ist prinzipiell alles thematisierbar und begründungspflichtig, wer dies nicht will. Vgl. hierzu die Weiterentwicklung des Parsonsschen Sozialbeziehungsmodells durch Oevermann (1996, 110 ff.).

Familie vielleicht verständlich (?).“ Aus Busses Darlegungen würde folgen, dass sich Privatsphäre immer nur dort positiv ausformt, wo Eltern eines Individuums noch leben und eigene Kinder im Haushalt sind. Der Vollständigkeit halber müsste in dieser Reihung auch noch der Gatte aufgeführt werden. Busse appliziert hier einen empiristischen Begriff von Privatsphäre, aus dem streng genommen geschlussfolgert werden muss, dass allein lebende Personen keine Privatsphäre haben, dass also bei ihnen die Ausformung eines Deutungsmusters zu diffusen Sozialbeziehungen residual ist. Formt es sich demzufolge erst positiv aus, wenn eine Person in ihr Leben tritt, an die sie sich binden wollen? Wie erklärt sich diese Ausformung dann? Sie müsste wie ein Konditionierungsmodell operieren und damit auf die Ebene der subhumanen Gattungen zurückfallen. Dass aber die Ausformung eines Deutungsmusters von Diffusität überhaupt Bedingung für die Möglichkeit einer gelingenden Paarbeziehung ist, dass die sozialisatorisch erst später auftretende Möglichkeit, rollenförmige Sozialbeziehungen einzugehen, auf der vorausgehend in der Familie erfolgten Ausbildung stabiler diffuser Sozialbeziehungen basiert, kann mit Busses Modell gar nicht erklärt werden. Eine *Spaltung* zwischen Privatsphäre und Öffentlichkeit bleibt der Verfasser zu belegen schuldig. Sie hätte ja die Privatsphäre nicht tangiert, was aber gerade unsere These von der *Entgrenzung* angesichts der Ausführungen von Frau Kludt gewesen ist.

Am Ende des Kommentars bringt der Verfasser noch einmal Einwände gegen unsere Deutung der DDR vor. Auch er verweist auf die „Nischenbildung“ (290) als einer Reaktion auf die DDR-typische Entgrenzung von Privatsphäre und Öffentlichkeit. Diese „Doppelkultur“ mag zwar einen „unmittelbaren Ausgriff auf die Subjekte“ verunmöglicht haben, ändert prinzipiell aber nichts daran, dass es sich um „Nischen“ innerhalb des DDR-Systems handelte. Es sind „Nischen“, die an der von uns vorgetragenen Verstrickung darein, das System getragen zu haben, überhaupt nichts ändern, eine Verstrickung, die ja gerade zu dem falltypischen Dilemma Frau Kludts führte. Die „Nischen“-Bildung, der Begriff verniedlicht schon die Rückzugsmöglichkeiten, ist eine Antwort auf die Übergriffigkeit des DDR-Regimes gewesen, die gerade die Tolerierung der Verweigerung politischer Freiheitsrechte durch die Bürger bezeugt. Busse hebt entsprechend auch hervor, dass die „Tauschgesellschaft“ das System stabilisiert hat, verklärt diese dann aber zu einer „kleinbürgerlichen Revolte“ und reproduziert die seit der Wiedervereinigung kurrente mythisierende Deutung des Zusammenbruchs als „Revolution“. Eine Revolution hätte man den Zusammenbruch nur nennen können, wenn die Bürger der politischen Gemeinschaft ihre Regierung und damit das System zum Teufel gejagt hätten, um der Volkssouveränität Geltung zu verschaffen. Sie sind aber vielmehr

zuerst einmal geflüchtet im Sommer 1989 und daraufhin erst wurde demonstriert.⁷

Zum Schluss gleitet der Verfasser beinahe in eine offene Beschimpfung ab. In einer sozialfürsorgischen und nicht um wissenschaftliche Distanz und Präzision bemühten Haltung wirft er uns mangelnde „Sensibilität für die komplizierte Systemdynamik der realsozialistischen Verhältnisse in der DDR“ vor. Auch an genügender „Demut vor den Doppelbödigkeiten und der Gefahr der schleichenden Enteigentlichungen des zivilen Bürgerseins“ (290) fehle es uns. Aus diesem Grund münde unsere Analyse in eine Denunziation von Betriebs- und Tauschgemeinschaft. Währenddessen belegt er ein weiteres Mal, wie ungenau er mit Zitaten verfährt, wenn es heißt: „Auch die empirisch scheinbar gesättigte Aussage, daß die Familie als primäre Vergemeinschaftung mit affektiven Bindungen ... kaum zu finden ist“, verweist eher auf die Beharrlichkeit der Deutungsmuster der Autor(inn)en als auf jene der Untersuchten“ (ebenda). Wir hingegen sprechen davon, „daß die Familie als primäre Vergemeinschaftung mit affektiven Bindungen häufig nur in Begriffen der Rollenformigkeit thematisiert wird ...“, und sind viel vorsichtiger, als uns unterstellt wird. Wir räumen damit ein, dass es durchaus eine Praxis affektiver Zuwendung gegeben haben wird, die allerdings ohne ein entsprechendes Deutungsmuster auch nur eingeschränkt ausgebildet werden konnte. Welche Folgen dies en détail hat und wie sie sich in der Gegenwart ausprägen, wäre eine interessante Untersuchung.

Die Ungenauigkeiten des Verfassers in der Rezeption unseres Artikels in Verbindung mit den Vorwürfen und Einwänden, die er aus ihnen speist, gehen – wie wir gezeigt zu haben hoffen – an unseren Ausführungen vorbei.

⁷ Vgl. Matthias Judd (Hg.), DDR-Geschichte in Dokumenten, 574f. Im August 1989 wird das „Paneuropäische Picknick“ an der ungarisch-österreichischen Grenze von Hunderten von DDR-Bürgern zur Flucht genutzt. Am 4.9.1989 demonstrieren überwiegend Antragsteller auf Ausreise in Leipzig. Dann erfolgt am 11.9. eine Massenflucht von DDR-Bürgern über Ungarn bzw. die diplomatischen Vertretungen der BRD in staatssozialistischen Ländern. Erst am 2.10. wird bei einer Großdemonstration in Leipzig das Motto „Wir bleiben hier“ skandiert. Bei Erhard Neubert, „Geschichte der Opposition in der DDR 1949–89“, 829, klingt das noch deutlicher: „Die verstärkte Fluchtwelle hatte mit Botschaftsbesetzungen schon Anfang 1989 eingesetzt, stieg im Sommer schnell an und führte im August zu Massenansturm auf die diplomatischen Vertretungen der Bundesrepublik in Warschau, Prag und Budapest.“ Dann stimmen die Daten von Judd und Neubert überein.

Literatur

Oevermann, Ulrich (1996): Theoretische Skizze einer revidierten Theorie professionalisierten Handelns. In Arno Combe u. Werner Helsper (Hg.), *Pädagogische Professionalität. Untersuchungen zum Typus pädagogischen Handelns (70–182)*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Oevermann, Ulrich (2001): Die Struktur sozialer Deutungsmuster – Versuch einer Aktualisierung. *sozialer sinn*, Heft 1/2001, 35–81.

Dr. Ute Luise Fischer, Massener Str. 74, D-59423 Unna.

Volkswirtin und Soziologin, wiss. Mitarbeiterin am Lehrstuhl Arbeitssoziologie der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Dortmund.

Arbeitsschwerpunkte: Frauenarbeitsforschung, Regionalanalysen, arbeitsbezogene Deutungsmusteranalysen.

Caroline Großer, Pädagogisches Institut, Universität Zürich, Gloriastraße 18 a, CH-8006 Zürich.

M. A., Erziehungswissenschaftlerin, von 1998 bis 2001 wissenschaftliche Mitarbeiterin im soziologischen Forschungsprojekt „Lebensführung unter Normalisierungsdruck“ an der Universität Dortmund.

Arbeitsschwerpunkte: Familienforschung, insbesondere Familienleitbilder im Wandel, arbeitsbezogene Deutungsmuster.

Dr. Sascha Liebermann, Universität Dortmund, WiSo-Fakultät, Lehrstuhl für Soziologie insb. Arbeitssoziologie, Otto-Hahn-Str. 4, D-44221 Dortmund.

Wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Arbeitssoziologie an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Dortmund.

Arbeitsschwerpunkte: Deutungsmuster und Habitusanalysen, unternehmerisches Handeln und Nationalstaat.

Manuskript eingegangen am 30. Januar 2003.